Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 86 (1992)
Heft: 5

Artikel: Festung Europa und Dritte Welt
Autor: Holenstein, Anne-Marie
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143689

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Anne-Marie Holenstein

Festung Europa und Dritte Welt

Anne-Marie Holenstein, unseren Schweizer Leserinnen und Lesern bekannt als Redaktorin von Radio DRS und als entwicklungspolitisch engagierte Fachfrau, hat dieses Referat am 18. März 1992 in Stans an der Jubiläumsveranstaltung «10 Jahre Demokratisches Nidwalden» vorgetragen. Es handelt sich dabei um die überarbeitete Fassung eines Vortrages im Romero-Haus Luzern. Das Referat stellt sich der Überforderung durch eine Geschichte, die uns ohne Verweilpause zu überrollen scheint. Der Triumph der Sieger des Kalten Krieges ist einer allgemeinen Katerstimmung gewichen. Der Westen kann seinen Sieg nicht auskosten, dessen Konsequenzen nicht verdauen und schon gar nicht finanzieren. Den verlorenen Illusionen folgt einerseits die Abkapselung gegenüber der Dritten Welt und anderseits ein Ausgrenzungsprozess gegenüber Randgruppen im Innern der «Festung Europa». Grund zu Hoffnung sieht die Autorin trotz der gegenwärtigen Situation der Ratlosigkeit in einer wiederentdeckten «Zivilgesellschaft» in Ost und West, Nord und Süd. Zivilgesellschaftlichen Ansätzen ist es u.a. zu verdanken, dass Weltbank und Währungsfonds unter den Druck eines internationalen Netzwerkes von Basisorganisationen geraten und dass im «Jubiläumsjahr» 1992 so etwas wie eine öffentliche Psychotherapie in Gang kommt. Red.

1. Überforderung im Zeitgeisthaus

Wahrscheinlich ist es Ihnen in den letzten Jahren ähnlich ergangen wie mir: Ich habe den Eindruck, die Geschichte sei ein Film, der immer schneller abläuft. Ein paar *Stichwörter:*

– Im November 1989 Fall der Berliner Mauer, Hoffnung auf Demokratisierung und Menschenrechte. Erste Warnungen: Die Dritte Welt gerät ins Abseits.

– 1991 Golfkrieg, Zusammenbruch der Sowjetunion, Bürgerkrieg in Jugoslawien.

– 1992 wachsende Drogenprobleme bei uns – die zum Teil ihre Wurzeln in der Dritten Welt haben. Die Wirkung auf uns: Viele fühlen sich überfordert.

– Die Gitter, mit denen im Hauptbahnhof Zürich die Konsumpassagen geschützt werden, machen die verhängnisvollen Ausgrenzungsprozesse sichtbar, mit denen unsere Gesellschaft auf die Überforderung reagiert.

– Gefühle der Überforderung habe ich auch dem Thema gegenüber, um das es heute abend geht.

Ich gehe davon aus, dass die Überforderung auf Dauer zur Mitbewohnerin des öffentlichen Bewusstseins geworden ist. Und diesen Abend betrachte ich als gemeinsames Training, mit dieser Situation auf anständige Weise umzugehen. Verdrängen bringt bekanntlich wenig.

Eine Folge des Einzugs der unbequemen Mitbewohnerin namens «Überforderung» ist eine beunruhigende Form von *öffentlichem Gedächtnisschwund,* der von einschaltquotengeilen kommerzialisierten Medien gefördert wird. Wie wäre es sonst zu erklären, dass der Golfkrieg derart prompt im Gedächtnisloch verschwunden ist?

Oder, auf einer ganz anderen Ebene: Wie rasch doch die Euphorie über den Sieg des Kapitalismus und der freien Marktwirtschaft über den Sozialismus in Ost und West vergessen wurde und einer grossen *Katerstimmung* gewichen ist.

Überfordert und ratlos angesichts der chaotischen Zustände, die das Ende des Kalten Krieges heraufbeschworen hat, sind nicht nur wir Normalbürger, sondern auch die *Experten.* Die Zeitschrift TIME versammelte im letzten November im Aspen-Institut in Berlin ein hochkarätiges Pannel: «Rarely has a group of experts – historians,

former diplomats, top political advisers – disagreed so fundamentally about the direction, Europe is taking... The Zeitgeist zigzagged and became elusive.» (Selten war sich eine Gruppe von Experten – Historiker, ehemalige Diplomaten, politische Top-Berater – so uneinig über die Richtung, die Europa einschlägt... Der Zeitgeist zickzackte und war schwer fassbar.)

Wo in diesem Chaos einen Pfahl einschlagen, der den Ausgangspunkt meiner Überlegungen markiert?

Ich gehe von der Tatsache aus, dass mit dem Ende des Kalten Krieges die *freie Marktwirtschaft* zum globalen Wirtschaftssystem und damit auch zum *globalen Problem* geworden ist. Und ich schliesse mich der lapidaren Feststellung von Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Samuelson an: «Le marché est efficace, mais il n'a ni cerveau ni coeur.» (Der Markt ist effizient, aber er hat weder Hirn noch Herz.)

Womit ich freilich nicht den Schluss ziehen möchte, andere Wirtschaftssysteme oder Systeme überhaupt hätten a priori mehr Hirn und Herz. Vielmehr brauchen Systeme korrigierende Gegenkräfte. Ganz entscheidend in der Geschichte des Kapitalismus der Industrieländer waren die *sozialistischen Ideen,* die die Rolle der korrigierenden Gegenkraft gespielt haben. Sie haben keineswegs ausgespielt, aber sie brauchen in einer veränderten Umwelt neue Impulse.

Es kommt nicht von ungefähr, dass gerade in der gegenwärtigen Situation der Ratlosigkeit der Begriff von der *Civil Society* in den ehemaligen Ostblockstaaten ebenso wiederentdeckt worden ist wie in den westlichen Industrieländern und in den Entwicklungsländern. Ich werde auf den Begriff der «Zivilgesellschaft» und dessen Bedeutung im letzten Teil meines Referates zurückkommen und umschreibe ihn hier vorerst einmal als alternative Öffentlichkeit gegenüber der Staats- und Wirtschaftsmacht. Also ungefähr das, was das Demokratische Nidwalden sein will.

Nach diesen einführenden Überlegungen möchte ich in einem zweiten Teil, den beiden Achsen West-Ost und Nord-Süd folgend, die veränderte Situation nach dem Ende des Kalten Krieges skizzieren. Es geht um verlorene Illusionen und Tendenzen zur Abkapselung in der Festung Europa.

Im dritten Teil möchte ich dann konkrete Vorschläge einbringen zum verantwortbaren, ehrlichen Umgang mit anstehenden Problemen, trotz der Wohnpartnerin «Überforderung» im Zeitgeisthaus.

2. West-Ost und Nord-Süd nach dem Ende des Kalten Krieges

2.1. Folgen verlorener Illusionen im Osten

Erinnern sie sich noch der allgemeinen Euphorie, als ein kommunistisches Regime nach dem andern verschwand? *Präsident Bush* meinte am 27. September 1989 in Washington vor den versammelten Gouverneuren der 152 Mitgliedstaaten des IWF und der Weltbank: «Lasst uns mit diesem ökonomischen Experiment Schluss machen, denn die Geschichte hat entschieden.»

Zu den wenigen Stimmen, die Bedenken äusserten, gehörte der mexikanische Schriftsteller *Carlos Fuentes*. Er schrieb bereits kurz nach dem Fall der Berliner Mauer Ende 1989 in einem «Brief an Europa» vom in sich geschlossenen Kreislauf des Triumphs von Produktion und Konsum. Und fragte dann, ob sich das neugeborene Europa etwa auf diesen Triumph reduzieren werde. «Die Befriedigung über das vollbrachte Werk könnte dann eigentlich nur noch den Ekel über das Spektakel der Wiederholung und des ewigen Vergnügungsparks maskieren.»

Heute sind kaum mehr triumphierende Töne zu hören, und vom Konsumparadies sind die Menschen in Mittel- und Osteuropa weiter denn je entfernt. So titelte die *«Neue Zürcher Zeitung»* kürzlich einen Bericht ihres Wirtschaftskorrespondenten (25./26. 1.92): «Verlorene Illusionen in Mittel- und Osteuropa. Langer Atem und eiserne Konsequenz gefordert».

Angesichts von sozialer Not, dräuenden nationalistischen Konflikten und Bürgerkriegen, drohenden Nuklearkatastrophen wegen des Verkaufs von Atomwaffen nach Ländern des Südens und äusserst unsicherer Atomkraftwerke ist klar geworden, dass der *Westen nicht in der Lage* ist, die *Konsequenzen seines Sieges über den Kommunismus zu tragen.* Abgesehen einmal von der

von Carlos Fuentes befürchteten Ödnis an Wertvorstellungen, ist im Westen gegenwärtig der politische Wille nicht vorhanden, die nötigen Ressourcen zu mobilisieren, um die Folgekosten dieses Sieges zu übernehmen.

Die *Folgekosten* sind gigantisch. Deutschland hat in den ersten zwei Jahren nach dem Fall der Berliner Mauer 256 Milliarden Dollar für die 18 Millionen Einwohner der ehemaligen DDR aufbringen müssen, um das innenpolitische Gleichgewicht einigermassen zu halten. Nun leben aber in ganz Osteuropa 22mal mehr Menschen, nämlich 400 Millionen. Wollte man sie im gleichen Ausmass mit Hilfe unterstützen wie die ehemalige DDR, würde das nach meinen Berechnungen die Summe von 5632 Milliarden Dollar verschlingen. Zum Vergleich: Die Auslandschuld der USA, immerhin die grösste unter allen Staaten, betrug 1990 620 Milliarden Dollar.

Die UNO-Wirtschaftskommission für Europa hat berechnet, dass allein um das absolut nötige Sicherheitsminimum der *Atomkraftwerke* in der ehemaligen Sowjetunion zu garantieren, der Westen jährlich zwischen 3 und 5 Milliarden Dollar investieren muss.

Die Durststrecken zum Paradies der freien Marktwirtschaft verlängern sich. Es ist bereits von einer schmerzvollen Übergangsphase von mindestens 10 Jahren die Rede. Gleichzeitig verringern sich die Chancen, für die anstehenden internen Konflikte demokratische Lösungen zu finden. Liberalismus und Demokratisierung sind allzu leichtfertig auf ein und derselben Produktepalette angeboten worden. Während wir unverbesserlichen Träumer die Vorgänge im Ostblock vor zwei Jahren vor allem als Demokratiebewegung und Sieg der Menschenrechte sehen wollten, war die *Demokratie nach westlichem Muster* für die Vertreter wirtschaftlicher Interessen nichts anderes als das notwendige *Schmieröl für die Schaffung marktwirtschaftlicher Verhältnisse*. Nachdem sich bald einmal das Terrain für Investitionen als gar zu unsicher erwiesen hatte, überliess man es mehr oder weniger honorablen Händlern, die mit der Verschiebung von Waren schnelle Geschäfte machen – was aber bekanntlich kaum einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung einläuten kann.

Darum befürchtet der amerikanische Publizist William Pfaff, der von Paris aus schreibt, in Polen wie in der ehemaligen Sowjetunion bestehe das Risiko, dass die öffentliche Meinung den Kapitalismus mit Erpressung, Schwindel und mit den Heimsuchungen identifiziert, die den gewöhnlichen Menschen auferlegt werden – und damit bestätigt, was der Kommunismus immer behauptet hat.

So wächst aus den Ruinen des Kommunismus die Versuchung, die *Diktatur* wieder einzuführen – um die Marktwirtschaft zu retten. In Polen etwa wurde Pinochets Chile ungeniert als Vorbild genannt.

2.2. Wachsende Unsicherheit in den westlichen Industrieländern

Die Marktwirtschaft ist zum *Weltwirtschaftssystem* geworden. Gleichzeitig wächst die Skepsis, denn die Auswirkungen des Neoliberalismus sind auch in den Industrieländern nicht mehr zu übersehen. Das System stösst an ökologische und soziale Grenzen. Das Wohlstandsgefälle wird zum Sicherheitsrisiko für die Reichen, weil es die Armen magisch anzieht.

Unübersehbar steht die Frage im Raum, ob den ehemaligen Ostblockstaaten das *gleiche Schicksal* bevorsteht *wie dem Süden*. Werden diese Länder ebenfalls lediglich zu Rohstofflieferanten, zu Standorten für Industrien, die billige Arbeitskräfte brauchen, zu Absatzmärkten und zum Dumping Ground für Industrieabfälle? Werden sich auch dort kleine Inseln des relativen Wohlstands bilden und die Gegensätze zwischen Arm und Reich sich verschärfen? Werden auch im Osten ganze Regionen und Millionen Menschen von der Entwicklung ausgegrenzt, weil sie marktwirtschaftlich nicht interessant sind?

Die Frage stellt sich umso dringlicher, weil der gleiche Prozess nun auch in den *Industrieländern* nicht mehr übersehen werden kann. Rationalisierung und Leistungsdruck grenzen immer mehr Menschen als Arbeitslose von der aktiven Teilnahme in unserem Wirtschaftssystem aus. Strukturanpassungsprogramme laufen auch bei uns, nicht nur in der Dritten Welt.

Laut Angaben der UNO-Entwicklungsorganisation leben *100 Millionen Menschen*

in den westlichen Industrieländern unter der Armutsschwelle. Davon 40 Millionen in der EG. Auch mitten unter uns gibt es die neuen Formen der Armut.

Die *Dritte Welt,* der Süden oder wie immer wir das Phänomen benennen wollen, lässt sich nicht länger geographisch ausgrenzen. Die Dritte Welt entsteht *inmitten unserer Gesellschaft.*

Gleichzeitig hat das Eindringen der Marktwirtschaft in die hintersten Winkel der Welt *Migrationsströme* in riesigem Ausmass in Gang gesetzt. Der Liberalismus hat eine Welt geschaffen, wo alles frei zirkulieren soll: Kapital, Güter, Rohstoffe, Informationen, Dienstleistungen – Menschen aber nur, sofern sie als Fremdarbeiter und Saisonniers gebraucht werden oder zahlungskräftige Kunden sind. Der Soziologe Hoffmann-Novotny betont, das sei ein massiver Verstoss gegen die liberale Doktrin als Wirtschafts- wie als politische Ideologie. Und er bezeichnet diese doppelbödige Einstellung als Schizophrenie: «Aus der Notlage, dass wir der Welt ein Modell aufgezwungen haben, dessen Konsequenzen zu tragen wir nicht bereit sind, kann uns niemand befreien.» Die Angst vor der Migration aus dem Osten und aus dem Süden wächst.

Der Kommunismus hatte sich selber mit Mauern und Stacheldraht gegen den Westen abgegrenzt. Gegen die Folgen seines Zusammenbruchs gibt es nun Tendenzen, *Europa zur wirtschaftlichen Festung* auszubauen, die ihre Verschwendungswirtschaft verteidigt und sich vor unerwünschten Zuwanderern abschottet. Wird dies das neue europäische Lebensgefühl im neuen Europa sein? Es schlägt sich vorerst in den Köpfen nieder, realiter aber auch in den Massnahmen der EG, denen sich die Schweiz mit oder ohne Beitritt anpassen wird.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich meine nicht, dass wir unsere Grenzen bedingungslos öffnen können. Es braucht Massnahmen, um die Einwanderung zu lenken. *Jede Politik aber, die nur darauf ausgeht, unsern Reichtum zu verteidigen, verschärft das Gefälle und damit den Migrationsdruck.* Wir benötigen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Partizipation an unserm Reichtum ermöglichen, statt Ausgrenzung nach dem Muster der bisherigen Arbeitsteilung Nord-Süd.

2.3. Ausgrenzung des Südens

Es braucht schon sehr schrille Schlagzeilen, bis sich jene Regionen des Südens, die zu den ärmsten der Welt gehören, in unsern *Medien* überhaupt noch Gehör verschaffen können. Das ist eine klare Folge des Endes des Kalten Kriegs. Solange die beiden Blöcke auf der südlichen Erdhälfte ihre geostrategischen Interessen verteidigten – mit Entwicklungshilfe und Stellvertreterkriegen –, solange zogen die Medien doch noch eher mit. Mindestens mit Berichten aus jenen Gebieten, in denen die Interessen der Grossmächte auf dem Spiel standen.

Diesen einen Vorteil hat das Ende des Kalten Krieges: Die *Stellvertreterkriege* in Angola, Moçambique und Äthiopien sind beendet worden. Figuren wie etwa Mobutu in Zaire können nicht länger aus ihrem Antikommunismus amerikanisches Kapital schlagen. Dafür können nun Bürgerkriege im toten Winkel der Medien andauern – etwa in Liberia und Somalia – ohne Gefahr von Flächenbränden aus geostrategischen Gründen, dafür mit nicht weniger schrecklichen Folgen für die Zivilbevölkerung.

Das Ende der Stellvertreterkriege bedeutet aber auch aus einem weiteren Grund nicht automatisch eine Abnahme der kriegerischen Auseinandersetzungen auf der südlichen Erdhälfte. Michael Klare, Professor am Hampshire College in Amherst (USA), weist nach, wie amerikanische Militärkreise seit 1988 unter dem Begriff *«Konflikte mittlerer Intensität»* ein strategisches Konzept entworfen haben, in dessen fast zwangsläufiger Logik der Krieg am Golf stand. In der veränderten Konstellation nach dem Ende des Kalten Krieges werden anstelle der «Low intensity»-Konflikte mit der bewaffneten Guerilla inskünftig heftige Kämpfe mit schwerbewaffneten Regionalmächten stehen. Das Ziel ist die Fortschreibung der imperialen Politik, die sich mit allen Mitteln – seien es Konferenzen oder Kriege – den freien Zugang zu auswärtigen Märkten und wichtigen Ressourcen sichert.

Vor diesem Hintergrund dürfen sich Friedenstauben auch keine allzugrossen Illusionen bezüglich der nuklearen Abrüstung machen. Sie ist eine Folge der neuen geostrategischen Situation, die ein Um-

rüsten zugunsten *schneller Eingreiftruppen* in der Dritten Welt erfordert.

Vollends ins Abseits des marktwirtschaftlichen und damit auch des politischen Interesses geraten sind die *Habenichtse des Südens,* nämlich die Karibik, grosse Teile Lateinamerikas und Schwarzafrika. Sobald sich die Lage in Mittel- und Osteuropa etwas stabilisiert, werden diese Länder als Billigstandorte Investitionen anziehen, die während des Kalten Krieges noch in die Dritte Welt geflossen sind. Das bedeutet, dass auch jene Formen der Entwicklungshilfe ausbleiben, die als Präinvestitionen für Industrieprojekte funktionierten.

Der Friedensforscher *Johan Galtung* bewertet dieses Desinteresse positiv, weil es der Entwicklung nach dem Prinzip der *Self-Reliance* förderlich sein kann. Aber das plötzliche politische Desinteresse und das Ausbleiben politisch motivierter Entwicklungshilfe korrigieren die lähmenden Strukturdefizite nicht, die eine günstigere Entwicklung verhindern. Bestehen bleibt die *Schuldenlast,* bleiben die entwicklungshemmenden *dualen Strukturen* (d.h. die Spaltung der Länder in einen modernen Sektor und das vernachlässigte «Hinterland»), bestehen bleibt die Abhängigkeit von lebensnotwendigen Importen, bleiben die hoffnungslos tiefen Preise für landwirtschaftliche Rohprodukte aus der Dritten Welt.

Ich verzichte hier darauf, die Zahlen zu wiederholen, die das wachsende Elend belegen. Sie haben – leider – fast nur noch abstumpfende Wirkung. Ein glaubwürdiger Prophet dafür, dass es weiten Regionen der Dritten Welt auch in den nächsten Jahren immer schlechter gehen wird, ist die *Weltbank* mit ihren Prognosen. «Die Weltwirtschaftskräfte werden ... weiterhin einen Keil zwischen den Produktionsgiganten und den meisten Entwicklungsländern verstärken. Der Abgrund zwischen den Ländern in Investitionen und Produktivität, der sich in den 80er Jahren auftat, wird in den 90er Jahren noch weiter auseinanderklaffen», heisst es in der Zusammenfassung einer Studie, die von der Internationalen Wirtschaftsabteilung der Weltbank angefertigt wurde (Weltbank-Nachrichten, 10. 1. 91). Wirklich, der Markt ist zwar effizient, aber er hat weder Hirn noch Herz.

Wie gesagt, es liegt in der Logik des Systems, in dem auch die Information Warencharakter hat, dass nur noch schrille Schlagzeilen aus dieser in Armut versinkenden Welt zu uns herüberkommen. Das Informationsdefizit verstärkt das *Feindbild Dritte Welt:* Von dort – so lautet die Botschaft – drohen Chaos, Terror, Aids und Drogen, Flüchtlingsfluten und Ökokatastrophen.

Ausgeklammert bleibt die Vitalität, bleiben die Lösungsansätze, an denen in der Dritten Welt Hunderttausende von Menschen in den *Basisorganisationen* arbeiten. In Brasilien zum Beispiel gibt es etwa 100 000 Basisgemeinden mit über 3 Millionen Menschen. 2500 Gruppen bestehen im ländlichen Burkina Faso, über 16 000 Frauengruppen für Umweltschutz arbeiten in Kenya usw. Und weil nicht die Realiät, sondern die Wahrnehmung von Realität das politische Handeln bestimmt, ergeben sich aus verzerrten Drohbildern plausible Gründe für den Rückzug in die Festung Europa.

Aus dieser Perspektive bekommt dann auch die Entwicklungshilfe eine neue Funktion. Ich zitiere Wolfgang Sachs: «Jetzt kommt es dem Norden darauf an, aus Gründen der Selbstverteidigung zu verhindern, dass der Kollaps des Südens auch die Gesellschaften des Nordens in den Strudel zieht. Der Norden wird von nun an seine Pflicht zur Hegemonie um der Stabilität des Weltsystems willen reklamieren. *Nicht Hilfe zum Aufschwung, sondern Vorbeugung gegen überschwappende Krisen, darin liegt die neue Rechtfertigung der ‹Entwicklungspolitik›.* Nachdem sie lange der Projektion unserer Utopien gedient hatte, wird sie jetzt mit der Beschwichtigung unserer Ängste beauftragt.» Entwicklungspolitik bekommt aus diesem Grund – mindestens verbal – Unterstützung aus eher isolationistischen, konservativ denkenden Kreisen, die jetzt plötzlich die Postulate der «Linken» aus den 70er Jahren vertreten, nämlich Fluchtgeldkontrolle, Verbot des Waffenhandels und mehr Entwicklungshilfe fordern, damit nicht noch mehr Flüchtlinge kommen – freilich ergänzt mit Militär an der Grenze.

2.4. Probleme im Innern der Festung

Während wir die Wohlstandsfestung Schweiz gegen aussen verteidigen, werden

die *Ausgrenzungsprozesse auch im Innern* unserer Gesellschaft auf geradezu unheimliche Weise sichtbar. So verteidigt die reichste und grösste Stadt unseres Landes ihre Sicherheit, indem sie ihren so teuer renovierten Bahnhof und seine Konsumpassagen mit den gleichen hässlichen Gittern gegen alkohol- und drogenabhängige Menschen abgrenzt, wie sie auch für Asylunterkünfte verwendet werden.

Nicht nur die Fremden von weither lösen also Angst und Abwehrreaktionen aus, sondern auch die in die Illegalität abgedrängten *Drogenabhängigen.* Das zeigte die gehässige und hysterische Stimmung in Zürich-Wiedikon gegen vorübergehende Unterkünfte für Drogenabhängige. «Es ist kalt draussen. Es ist überhaupt kalt in Zürich. Wer anders ist, wer anders denkt, hat es schwer», schrieb Alfons Sonderegger im Tages-Anzeiger (21.12.91).

Warum ist es so kalt? Die Frage führt uns mitten in die Debatte über *Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.*

Ich warne hier aber ausdrücklich davor, alle jene Schweizerinnen und Schweizer, die mit der wachsenden Präsenz von Fremden in unserer Gesellschaft Mühe haben, gleich mit dem Stempel *«Rassist»* zu versehen. Dabei rede ich nicht der Verniedlichung des Problems Rassismus das Wort, sondern der Warnung vor einer weiteren Versuchung zur Ausgrenzung. Rassisten sind bekanntlich immer nur die andern.

Ich habe Verständnis für die Wutgefühle all jener, die eine günstige Wohnung suchen und je länger je weniger eine finden, während ihre Gemeinde Unterkünfte für Asylsuchende bereitstellen muss und Spekulanten davon profitieren. Angst habe ich allerdings, wenn sich diese Wut über den Asylsuchenden entlädt, obwohl nicht sie, sondern horrende Bodenpreise die Ursache dafür sind, dass es kaum mehr günstige Wohnungen gibt.

Gefährlich ist aber auch die Annahme, wonach insbesondere «benachteiligte» oder «ungebildete» Menschen für rassistische oder autoritär-nationalisierende Ideologien besonders anfällig sind. (Dazu gehören die meisten, die heute abend in diesem Saal sitzen, nicht. Die Rassisten wären demnach wieder die andern.)

Eine mindestens so verbreitete Ursache für rassistische Gefühle und Reaktionen ist das tiefverwurzelte Gefühl von der *schweizerischen Überlegenheit* gegenüber Menschen anderer Kulturen. Es äussert sich in der Meinung: So wie wir sind, ist normal; alles andere ist nicht normal. Minderheiten sind diesem Weltbild gefährlich, gleichgültig ob es Asylsuchende sind oder Randfiguren unserer eigenen Gesellschaft: Plötzlich kommt jemand, der ganz anders lebt, der mir auch vorzeigt, welche ungelebten Lebensmöglichkeiten ich habe, mir also demonstriert, dass es ein begrenztes und borniertes Umfeld ist, in dem ich lebe. Und das ist wirklich bedrohlich. Zu den zentralen Vorstellungen der schweizerischen Dominanzkultur gehört vor allem auch die tiefverwurzelte Überzeugung vom angeblich ausschliesslich selbst erarbeiteten Wohlstand. Und der muss natürlich verteidigt werden. Futterneid kommt auf. Das Boot ist immer voll.

Die Gefahr rechtsextremistischer, rassistischer, autoritär-nationalisierender Orientierungsmuster geht also nicht nur vom Rand aus, sondern auch vom *Wohlstands-Chauvinismus der Mittelschicht.* Dieser ist geprägt durch Vorstellungen vom gesellschaftlichen Aufstieg, der durch individuelle Fähigkeiten und Leistungsbereitschaft möglich ist. Der *Kapitalismus* erscheint als eine *Weltordnung,* die der *Natur des Menschen* entspricht, weil dieser ja schliesslich von Natur aus ein Egoist ist. Und wenn wir unsern Wohlstand allein unserer Tüchtigkeit zu verdanken haben, ist auch das Nord-Süd-Gefälle sozusagen natürlich. Diese *Gedankenfestung* kann bekanntlich keine noch so gute Informationskampagne knacken.

Ich gestehe, dass ich mich selber auch immer wieder mal als Wohlstandschauvinistin ertappe.

3. Handlungsansätze

«Die Schweizer spielen nur in einer vollkommenen Welt mit», stellte kürzlich ein guter Freund ironisch fest. In diesem letzten Teil möchte ich gegen diese Tendenz einige Überlegungen anbringen, wie und wo wir in einer unvollkommenen Welt sinnvoll und lustvoll mitspielen können.

Grund zu Hoffnung sehe ich überall dort, wo es Ansätze zu dem gibt, was ich mit *Civil Society,* Zivilgesellschaft, bereits kurz umschrieben habe. Sie lebt überall dort, wo

kleinere oder grössere Gruppen von Menschen sich als Gegenpart zu Staat und Marktwirtschaft selber um ihre Angelegenheiten kümmern, und zwar nicht nur im egoistischen Sinn nach dem Sankt-Florian-Prinzip. Zur Zivilgesellschaft gehört grundlegend der Sinn für eine «res publica», für die gemeinsame Sache. Und ebenso gehört die Bereitschaft dazu, dafür Verantwortung zu übernehmen.

Der Kolonialismus im Süden, der Kommunismus im Osten und die Konsumgesellschaft im Westen haben diesbezüglich Verwüstungen angerichtet. Und die *Ethik der Zivilgesellschaft* muss in lokaler wie globaler Reflexion neu erarbeitet werden. Dass sie allein schon im Hinblick auf die Sinnfrage, die sich bei uns immer dringender stellt, geführt werden muss, erwähne ich nur am Rand.

Auch wenn der Kolonialismus den Konzepten von Zivilgesellschaft in den Ländern des Südens schwere Verwüstungen zugefügt hat, kommt das Worldwatch-Institut in Washington in einem Inventar der Basisbewegungen im Ökobereich zum Schluss, die *Menschen im Süden* seien Ende der 80er Jahre *besser organisiert* als je seit der weitgehenden Zerstörung der alten Gesellschaften. Gewiss, viele dieser Gruppen sind schwach und isoliert. Aber sie haben gelernt, sich zu vernetzen, und zwar lokal, regional und mehr und mehr auch international. Daraus ergeben sich neue Handlungsschwerpunkte für die Nord-Süd-Zusammenarbeit.

3.1. Unterstützung der Zivilgesellschaft in der Dritten Welt

Progressive Hilfswerke haben es sich zum Prinzip gemacht, den Aufbau von sogenannten Basisorganisationen oder Ansätze zur Zivilgesellschaft und zur Demokratisierung in der Dritten Welt zu unterstützen: *«weg von den traditionellen Vorstellungen von Hilfe und Projekten»*. Für diese Arbeit bei uns müssen mehr personelle und finanzielle Mittel bereitgestellt werden, damit die Informationen aus diesen Netzwerken über die Insiderkreise hinaus die weitere schweizerische Öffentlichkeit erreichen. Sie sind die beste Korrektur der einseitigen Katastrophenbilder aus der Dritten Welt. Und sie können gemeinsame Interessen sichtbar machen, z.B. an einer ökologisch orientierten Landwirtschaft.

3.2. Debatte um Währungsfonds und Weltbank

Ich bin nicht glücklich über das Referendum gegen den Beitritt der Schweiz zu IWF und Weltbank. Es kommt der Haltung entgegen, wonach die Schweizer nur in einer vollkommenen Welt mitspielen.

Kein Zweifel – die Politik von Währungsfonds und Weltbank ist verhängnisvoll. Eine nüchterne Einschätzung zeigt jedoch: Sie sind heute faktisch die *Weltregierungen in Wirtschaftsfragen* und die grössten Entwicklungsorganisationen der Welt, obwohl sie nicht zu diesem Zweck gegründet wurden.

Das Nein zum Beitritt, verstanden als Kritik an ihrer Politik, hätte kaum Einfluss auf Weltbank und Währungsfonds. Es würde die Türen zustossen für weitere Versuche, die Politik dieser Entwicklungsmultis zu beeinflussen.

Was hier zu wenig bekannt ist: Es besteht bereits ein *internationales Netzwerk* von Organisationen, die intensiven Druck auf die Bretton-Woods-Institutionen ausüben. Eine führende Rolle spielen amerikanische Naturschutzorganisationen mit ihren professionellen Stäben. Durch ihre Präsenz im Machtzentrum Washington machen sie es möglich, dass Stimmen aus der Dritten Welt in Washington gehört werden müssen. Etwa in wichtigen Hearings des US-Senats. Diese Lobby hat mit beharrlicher Kritik erreicht, dass die Weltbank gegen Ende der 80er Jahre punktuell grüner geworden ist. Allerdings nur punktuell!

Die Regierungen der Industrieländer werden unter Druck gesetzt, damit ihre Vertreter in Weltbank und Währungsfonds für *soziale und ökologische Rahmenbedingungen* kämpfen. Dazu wird versucht, mehr Transparenz und Verpflichtung zu öffentlicher Rechenschaftsablage zu erzwingen. Der Währungsfonds, der sich solche Einmischung bisher verbeten hat, ist verwundbar, wenn es um die Kapitalaufstockungen durch die Mitgliedregierungen geht. Die Lobbyarbeit im US-Senat und gegenüber europäischen Regierungen läuft intensiv. Bereits hat

der US-Senat Bedingungen gestellt, an deren Erfüllung die Kapitalaufstockung geknüpft wird.

Die Referendumsdiskussion muss dringend aus der Verengung «Beitritt ja – nein» herausgeholt werden. Die Hilfswerke, die das Referendum nicht unterstützen, sollten meiner Ansicht nach ein Konzept für künftige Lobbyarbeit ausarbeiten und dafür die nötigen Mittel bereitstellen.

3.3. 1492 – 1992

Die breite Palette von Veranstaltungen zu «500 Jahre Conquista» setzt so etwas wie eine *öffentliche Psychotherapie* in Gang, in der die Geschichte einer schwierigen Beziehung aufgearbeitet wird. Es ist ein Erfolg der Basisbewegungen oder der in Ansätzen sich entwickelnden Zivilgesellschaft in Lateinamerika und der europäischen NGOs (Nichtregierungsorganisationen), wenn die von den Regierungen geplanten Jubelfeiern ins Abseits geraten.

Äusserst dringend wäre ein vergleichbarer Prozess, der unsere vergessene und verdrängte Geschichte mit dem *Islam* aufarbeiten und die kulturellen Leistungen des Islam ins öffentliche Bewusstsein holen würde, auf denen die europäische Kultur beruht, um so die Demütigung zu überwinden, der islamische Kultur und Muslime bei uns ausgesetzt sind.

Diese Reflexion über die Wurzeln unserer Kultur müsste viel stärker ins öffentliche Bewusstsein heben, dass es die *«reine» Kultur* nicht gibt. «Nichts, was mit Menschen in Beziehung steht, ist seinem Wesen nach rein, sondern alles präsentiert sich als vermischt, komplex und unrein», schrieb kürzlich der argentinische Schriftsteller Ernesto Sabato in einem Essay, in dem er sich mit gefährlichen puristischen Tendenzen in der Diskussion um kulturelle Identität auseinandersetzte.

3.4. Nicht ausgrenzen, sondern einbeziehen

Das Wichtigste zuletzt: Die *Dritte Welt* wird jeden Tag mehr zu einer *Realität mitten unter uns*. Aus vielfachen Gründen leben diese Menschen meistens als Ausgegrenzte. Rassismus hat viel damit zu tun, dass wir sie nicht kennen; dass es sehr wenig Berührungspunkte mit ihnen gibt, weil unsere Gesellschaft generell in immer mehr Gruppen zerfällt. (Es gibt ja auch Ansätze zu «Rassismus» zwischen Alt und Jung.)

Statt auszugrenzen, müssen wir das Einbeziehen üben. Ich meine nicht oberflächliche Multi-Kulti-Aktivitäten, die die untergründigen Spannungen nur überdecken, sondern geduldige Arbeit auf lokaler Ebene. Fremde, für die die Niederlassung, das Bürgerrecht und das Stimmrecht aus formaljuristischen Gründen nicht möglich sind, können wichtige Funktionen als Brückenköpfe in *neuen Kommunikationsprozessen* übernehmen.

Eine Anregung für Pfarreiräte, Schulbehörden und Politische Gemeinden oder das Demokratische Nidwalden: Sie organisieren mindestens einmal pro Jahr ein *Forum der Begegnung,* wo Vertreterinnen und Vertreter der Zugewanderten ebenso wie Einheimische angehört werden. Ethnologen und Sozialpsychologen werden dabei kulturelle Übersetzungsarbeit machen und mithelfen, dass die Anliegen verstanden werden. Vielleicht ist der Anfang schwierig, aber da und dort werden grössere und kleinere Projekte entstehen, in denen Einheimische mit Zugezogenen zusammenarbeiten.

Es wird nicht sozialarbeiterisches Handeln den Fremden und den vom Fremdenhass aufgebrachten Einheimischen gegenüber angebracht sein, sondern das Entdecken *gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten.* Arbeit an alltäglichen Konflikten bedeutet vor allem: verstehen lernen und transparent machen, was dahinter steht. Ziel wäre, dass wir auch den Fremden gegenüber offen sagen könnten, was uns an ihnen stört.

Vielleicht haben die Fremden Vorschläge, wie die Schweizerinnnen und Schweizer die Angst vor ihnen verlernen könnten. Vielleicht entdeckt eine Lehrerin Menschen aus fremden Kulturen, die eine Geschichts- oder Geographiestunde bereichern. Und warum werden die von weither Zugezogenen nicht zum Erzählen und Filme-Zeigen an Altersnachmittage eingeladen? Und warum nicht über Schulversuche berichten, die Kinder aus andern Kulturen integrieren?

So könnte der lokale Raum schrittweise mit Aktionen und Informationen besetzt

werden, die dem Rassismus den Boden entziehen.

Das könnte unser *Widerstand* gegen den Bau der Festung Europa bedeuten: einerseits die Fremden, die schon da sind einbeziehen statt ausgrenzen; anderseits den Fremden, die noch nicht da sind, oder da sind und eigentlich gern wieder gehen möchten, zuhause zu besseren Chancen verhelfen.

Benützte Publikationen

Diverse Ausgaben von «Le Monde diplomatique».
Pat Aufderheide und Bruce Rich: Environmental Reform and the Multilateral Banks. The Greening of Development Lending. World Policy Journal, Spring 1988.
Bruce Rich: The Emperors New Clothes. The World Bank and Environmental Reform. World Policy Journal, Spring 1990.
Andrew Arato: Revolution, Civil Society und Demokratie, in: Osteuropa – Übergänge zur Demokratie? Transit, Heft 1, 1990.
Günther Bächler: 10 Thesen zur «Asylpolitik» der Schweiz, hg. von der Schweizerischen Friedensstiftung, Bern.
Alan B. Durning: Action at the Grassroots: Fighting Poverty and Environmental Decline. Worldwatch Paper 88.
Festung Europa. Rassismus – Ausgrenzung – Migration. Blätter des i3w, November 1990.
Markus Heiniger: (K)eine «Friedensdividende» für die Dritte Welt? Helvetas Partnerschaft, 127/1992.
Michael Klare: Hauptfeind Dritte Welt. US-Aussenpolitik nach dem Kalten Krieg. epd-Entwicklungspolitik, 22/90.
Michael Klare: Der Golf – Versuchsfeld der Kriege von morgen. epd-Entwicklungspolitik, 7/91.
Weltweite Migration und Helvetien: «Willkommen, Fremder, aber bleib, wo Du bist!» UNIPRESS 64 (Universität Bern), Mai 1990.
Wolfgang Sachs: Der neue Name für Entwicklung. epd- Entwicklungspolitik, 16/1991.
TIME, December 9, 1991, No. 49, Europe, Special Report.

VOR 75 JAHREN

Wilsons Aufruf zur Gründung eines Völkerbundes

Frohe Kunde für die kleinen Völker

Es hat sich während dieser ganzen drei Jahre kaum etwas Wichtigeres und zugleich kaum etwas Tragischeres ereignet, als die Friedensbotschaft Wilsons an den Senat der Vereinigten Staaten, die als eine Botschaft an alle Völker gedacht war... Es war ein unglaubliches Evangelium, ein sonniges Auftauchen der neuen Welt, auf die Zahllose hoffen, mitten aus dem blutigen Untergang der alten, wie ein Vorglanz des Gottesreiches selbst...

Die erschütternde Bedeutung der Botschaft Wilsons beruht einmal darauf, dass sie jetzt erklang, mitten im Weltkrieg, mitten aus dem Kampf zwischen Krieg und Frieden ... und sodann darauf, dass ihr Träger der Sprecher der, auf die Zukunftsmöglichkeit hin gesehen, grössten und stärksten Nation der Erde und zugleich ein Mann von höchstem sittlichen Ansehen, kurz, ein Berufener war.

Es war ein Ruf *aus* der sogenannten neuen Welt *zu* einer wirklichen neuen Welt. Besonders aber eine frohe Kunde für die kleinen Völker. Diese hätten, wenn sie erkannt hätten, was zu ihrem Frieden diene, die Botschaft Wilsons als eine wahre Erlösung begrüssen müssen. Denn hier wurde eine Ordnung des Völkerlebens gezeigt, worin auch sie leben und atmen könnten. In der Ordnung des Rechtes und der Freiheit, die alle Völker, grosse und kleine, umspannte, wären auch sie aufgehoben und geschützt... Darum müssten besonders die kleinen Völker die Botschaft Wilsons zur *Magna Charta* ihrer auswärtigen Politik machen... Ein grösserer